

BARTOL *kompakt*

www.bartol.de

Dezember 2021

Vorwort // Eine neue Regierung ist im Amt // Sozialdemokratische Projekte im Koalitionsvertrag // Parlamentarischer Staatssekretär // Ein starker Bundestagswahlkampf // Bilder aus dem Bundestagswahlkampf // Bundesförderungen im Wahlkreis // Bartol unterwegs

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

das laufende Jahr neigt sich dem Ende zu. Noch immer befinden wir uns mitten in der Corona-Pandemie und die neu entdeckte Mutante Omikron stellt uns vor weitere Herausforderungen, sowohl politisch als auch gesellschaftlich. Über 100.000 Tote sind seit Beginn der Pandemie vor nun fast zwei Jahren in Deutschland zu beklagen. Auch deshalb müssen alle Anstrengungen dafür unternommen werden, dass sich noch mehr Menschen in unserem Land impfen lassen. Ich habe, wie schon auf dem Unterbezirksparteitag gesagt, absolut kein Verständnis mehr für all jene Menschen, die sich impfen lassen könnten, es aber nicht tun. Darum bitte ich Euch und Sie alle weiter im persönlichen Umfeld zu werben, nur die Impfung wird uns letztlich aus der Pandemie führen. Der Deutsche Bundestag hat deshalb bereits vor wenigen Tagen eine einrichtungsbezogene Impfpflicht verabschiedet, die gerade jenen, die in unserer Gesellschaft besonderen Schutzes bedürfen, in Zukunft größere Sicherheit geben soll. Über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht wird der Bundestag nach ausreichender Diskussion und notwendigem Fachaustausch im neuen Jahr entscheiden. Die Pandemie wird

uns im neuen Jahr weiter begleiten, ich hoffe aber sehr, dass wir sie dann endlich besser im Griff haben werden. Mit den Folgen werden wir und besonders unsere Kinder sicher noch eine lange Zeit beschäftigt sein.

Politisch steht dieses Jahr für einen Aufbruch für unser Land. Nach einem harten Bundestagswahlkampf hat sich in Berlin eine neue Regierung gebildet, in dieser stellt die SPD nicht nur den Kanzler, sie ist auch seit 2005 erstmals wieder stärkste Kraft im Parlament, stellt mit Bärbel Bas die Bundestagspräsidentin und wird die Politik der kommenden Jahre maßgeblich prägen. Auch mit Blick auf die Wahl des Bundespräsidenten im Februar lässt sich sagen, dass die Chancen für eine Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier gut stehen. Das alles tut der sozialdemokratischen Seele gut und ist einer geschlossenen Partei zu verdanken, die einen engagierten Wahlkampf geführt hat und als Einheit agiert hat, An dieser Stelle auch nochmals ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei mitgeholfen haben. Im Landkreis sollten wir bei den anstehenden Bürgermeisterwahlen genau so weitermachen.

Bitte unterstützt Tamara Reiers in Steffenberg und Olaf Hausmann



in Kirchhain, damit wir unsere führende kommunalpolitische Rolle im Landkreis ausbauen können.

Nun bleibt mir noch, Euch und Ihnen allen - trotz allem - ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Übergang ins neue Jahr zu wünschen. Ich bin zuversichtlich, dass das Jahr 2022 ein gutes Jahr werden wird und freue mich schon jetzt auf viele Begegnungen mit Ihnen und Euch. Viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe von Bartol kompakt.

Ihr / Euer

Sören Bartol

Eine neue Regierung ist im Amt



Am 8. Dezember wurde Olaf Scholz durch die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages und auch meiner Stimme zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er ist damit nach Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder der vierte sozialdemokratische Kanzler unseres Landes und löst Angela Merkel nach 16 Jahren im Amt ab, der ich an dieser Stelle für ihren Einsatz um uns Land herzlich danken will. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird nun eine Regierung bestehend aus SPD, den Grünen und der FDP eine sogenannte Ampel-Koalition bilden, die gemeinsam den Fortschritt für unser Land wagen will. Schon die Verhandlungen zu diesem Bündnis, an denen ich teilnehmen durfte, waren von Anfang an durch Respekt und was für das Gelingen ganz entscheidend war, durch Diskretion geprägt. Fast nichts ist aus den Verhandlungen nach außen gedrungen und so konnte in vertrauensvoller Atmosphäre ein gelungener Vertrag verhandelt werden, den mittlerweile alle Parteien mit großer Mehrheit bestätigt haben. SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP übernehmen in dieser herausfordernden Zeit Verantwortung, um die notwendige Modernisierung unseres Landes

voranzutreiben und Fortschritt zu gestalten. Die Koalition setzt die Grundlagen dafür, Wohlstand und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft auch in Zukunft zu sichern. Dafür werden die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der 2020er Jahre angegangen. Die Koalition wird die Klimakrise bekämpfen und dafür sorgen, dass Deutschland auch in Zukunft ein innovativer und weltweit führender Industriestandort ist. Zudem wird die Digitalisierung vorangetrieben, dadurch wollen wir das Leben der Bürgerinnen und Bürger einfacher machen. In diesen Umbrüchen liegen große Chancen für unser Land, die wir durch kluge politische Führung ergreifen wollen. Die neue Regierung will eine Politik machen, die das Leben der Menschen ganz konkret besser macht und Sicherheit im Wandel bietet. Zentral für den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt sind für uns bezahlbare Wohnungen, gute Löhne, eine Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holt und stabile Renten. Damit sind sie eine wichtige Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft heute wie in Zukunft gut zusammenleben. Das hat die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Diese Dinge gehen wir mit ganz konkretem Regierungshandeln an. Schon im ersten Regierungsjahr wird der Mindestlohn angehoben werden. Solidarität ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch in Krisenzeiten zusammenstehen. Darauf kommt es in den nächsten Monaten ganz besonders an. Und natürlich wird die Bewältigung der Corona-Pandemie eine zentrale Aufgabe der neuen Koalition sein. Die Ministerinnen und Minister haben ihre Ressorts übernommen, aus Sicht der hessischen SPD können wir mit der Regierungsbildung mehr als zufrieden sein. Zwei Ministerinnen und zwei Parlamentarische Staatssekretäre stammen aus unserem Bundesland Hessen. Damit sind wir in Berlin sehr gut vertreten. Ich hoffe sehr, dass dieses neue Bündnis Erfolg für unser Land haben wird und werde dies mit all meiner politischen Erfahrung und meinem Einfluss unterstützen.



Foto: Bundesregierung

Sozialdemokratische Projekte im Koalitionsvertrag - Argumente im Bereich Arbeit

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Wir erhöhen den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro. Davon werden 10 Millionen Arbeitnehmer:innen profitieren. Von der eigenen Arbeit leben zu können – das ist eine Frage des Respekts.

Wir sorgen für mehr Sicherheit. Gegen Kettenbefristungen gehen wir vor, in dem wir die beim selben Arbeitgeber mit Sachgrund befristeten Arbeitsverträge auf sechs Jahre begrenzen. Befristungen im öffentlichen Dienst schränken wir ein. Auch fördern wir die Schaffung sozialversicherter Arbeitsplätze bei haushaltsnahen Dienstleistungen.

Wir stärken die betriebliche Mitbestimmung. Gewerkschaften und Betriebsräte sollen auch in einer stärker digitalen Arbeitswelt handlungsfähig bleiben. Wenn die demokratische Mitbestimmung behindert wird, wird das künftig strafrechtlich verfolgt. Wir setzen uns dafür ein, dass Mitbestimmung nicht über europäisches Gesellschaftsrecht ausgehebelt werden kann. Außerdem sollen künftig mehr Unternehmen unter die umfassende Mitbestimmung des Drittelbeteiligungsgesetzes fallen.

Wir stärken die Tarifbindung. Das bedeutet bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Der Bund vergibt öffentliche Aufträge künftig nur an Firmen, die nach Tarif zahlen. Wenn Betriebe einzig zum Zweck der Tarifflicht ausgegliedert werden, wird künftig der geltende Tarifvertrag fortgelten.

Wir sorgen dafür, dass Arbeit besser zum Leben passt. Wir verbessern die Rechte von Beschäftigten, die mobil oder im Homeoffice arbeiten möchten. Künftig kann der Wunsch nach Homeoffice nicht sachfremd oder willkürlich durch den oder die Arbeitgeber:in abgelehnt werden – Beschäftigte haben künftig einen Erörterungsanspruch.

Wir unterstützen Familien, wenn sie Zeit für Erziehung und Pflege brauchen. Nach der Geburt eines Kindes können sich die Partnerin oder der Partner

zwei Wochen vergütet freistellen lassen. Den elternzeitbedingten Kündigungsschutz verlängern wir um drei Monate nach Rückkehr in den Beruf, um den Wiedereinstieg abzusichern. Die Zahl der Kinderkrankentage erhöhen wir auf 15 Tage.

Wir passen die Arbeitsförderung der Realität vieler Kulturschaffender an. Für immer wieder kurzzeitig Beschäftigte, insbesondere für Kulturschaffende, entfristen und verbessern wir den erleichterten Zugang zur Arbeitslosenversicherung.

Wir fördern die berufliche Bildung in allen Lebenslagen und Branchen. Besonders wichtig sind uns Möglichkeiten für berufliche Neuorientierung sowie Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen und in den Betrieben und Unternehmen im Strukturwandel. Weiterbildung in Teilzeit machen wir attraktiver. Mit einem an das Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld durch die Bundesagentur für Arbeit können Unternehmen Beschäftigte im beruflichen Aufstieg besser fördern. Neben den bereits bestehenden Angeboten bündeln wir nationale Agenturen und Plattformen für eine gute Beratung, finanzielle Unterstützung und Begleitung.

Wir ermöglichen eine Fachkräfteeinwanderung auf der Höhe der Zeit. Wir etablieren ein Punktesystem, um Arbeitskräften einen übersichtlichen und gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir senken die Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland und erleichtern den Ankommenden ihren Start in Deutschland.



Sozialdemokratische Projekte im Koalitionsvertrag - Argumente im Bereich Gleichstellung von Frauen

Mehr Fortschritt wagen für Frauen:

Gleicher Lohn für Frauen. Wir wollen die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern schließen – Entgeltgleichheit von Frauen und Männern muss selbstverständlich sein. Dafür bauen wir das Entgelttransparenzgesetz mit einer Prozessstandschaft aus: Arbeitnehmer:innen können NGOs und Gewerkschaften über die bereits bestehenden Klagewege dazu ermächtigen, dass diese ihre Rechte im eigenen Namen vor deutschen Gerichten einklagen.

Wir stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aktuell können Arbeitgeber:innen Anträge auf Brückenteilzeit ohne inhaltliche Begründung ablehnen, wenn bereits eine:r von 15 Beschäftigten in Brückenteilzeit ist. Die sogenannte Überforderungsklausel werden wir so verändern, dass mehr Frauen und Männer nach einer befristeten Teilzeitphase wieder auf die vorherige Vollzeit zurückkehren können.

Wir bauen die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie des Bundes aus. Künftige Gesetze und Maßnahmen werden wir einem Gleichstellungs-Check unterziehen. Um geschlechtsspezifische Diskriminierung in all ihren Dimensionen zu erfassen, werden wir den Gender Data Gap schließen.

Wir setzen die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt 1:1 um. Wir werden das Recht auf Schutz vor Gewalt für jede Frau und ihre Kinder absichern. Dafür braucht es Frauenhäuser, die bedarfsgerecht zur Verfügung stehen – so wie es die Istanbul-Konvention vorgibt. Die Schutzräume müssen verlässlich und bundeseinheitlich finanziert sein, damit der Flickenteppich endlich ein Ende hat. Der Bund wird sich in Zukunft auch an der Regelfinanzierung beteiligen.

Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Wir streichen das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche (§ 219a StGB) aus dem Strafgesetzbuch ersatzlos, damit Ärzt:innen endlich öffentlich zugänglich über Schwangerschaftsabbrüche informieren können, ohne sich strafbar zu machen.

Wir werden die Familienbesteuerung reformieren: Geteilte Verantwortung in einer Partnerschaft und wirtschaftliche Unabhängigkeit soll sich für alle Familienformen im Steuerrecht niederschlagen. Deshalb schaffen wir die Steuerklassen III und V ab und überführen sie in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV.



Meine neue Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär



Die neue Bundesministerin Klara Geywitz mit ihren beiden Parlamentarischen Staatssekretären

Am 8. Dezember hat mich Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier auf Vorschlag des neuen Bundeskanzlers Olaf Scholz zum Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz, ernannt. Dies ist für mich eine große Ehre. Ich gehe mit vollem Einsatz und großer Motivation an diese neue Aufgabe und bin dankbar für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Schon in meiner Zeit als Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen acht Jahren habe ich diesen Politikbereich maßgeblich für die SPD koordiniert und geprägt. An diese Arbeit kann ich nun zusammen mit Klara Geywitz und meiner Staatssekretärskollegin Cansel Kiziltepe nahtlos anknüpfen. Vor uns liegen große Aufgaben. Dieses Ressort wird maßgeblich dafür sorgen, dass 400.000 neue Wohnungen pro Jahr in Deutschland gebaut werden, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen, und Bauen und Wohnen in Zukunft

bezahlbar, klimaneutral und barrierearm wird. Das Bauministerium ist verantwortlich für eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit: Die Befriedigung eines Grundbedürfnisses – der ausreichenden Versorgung der Menschen in diesem Land mit gutem, bezahlbarem und klimafreundlichem Wohnraum. Gerne leiste ich hier in den kommenden vier Jahren meinen Beitrag. Es gibt viel zu tun, doch unsere Agenda ist klar: Wir verlängern die Mietpreisbremse bis 2029. Die Einführung der befristeten Mietpreisbremse im Jahr 2015 war ein großer sozialdemokratischer Erfolg. Gerade nach den Nachschärfungen in der vergangenen Legislaturperiode wirkt sie verlässlich gegen übermäßige Mietsteigerungen bei Neuvermietungen. Davon sollen Mieterinnen und Mieter nun noch länger profitieren können, bis der Neubau von bezahlbarem Wohnraum einen ausreichenden dämpfenden Effekt auf die Mietpreise entwickelt. Zudem senken wir die zulässige Mietsteigerung bei Bestandsmieten. Liegen Mie-

ten unterhalb des Mietspiegels, dürfen Vermieter:innen diese bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete anheben – bis zu einer gewissen Kappungsgrenze. In angespannten Wohnungsmärkten dürfen Mieten künftig in drei Jahren nur um 11 Prozent (statt bisher 15 Prozent) erhöht werden. Mieter:innen dürfen nicht aus ihrem gewohnten Lebensumfeld verdrängt werden. Wir teilen die Kosten für den Klimaschutz zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen. Heizen mit fossilen Brennstoffen CO₂-Preis wird mit einem belegt, damit mehr in klimafreundliche Heizungen investiert und CO₂ eingespart wird. Diese Mehrkosten verteilen wir fair zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen. So entlasten wir Mieter:innen und schaffen Anreize für Vermieter:innen, in nachhaltige Heizsysteme zu investieren, um nur einige unserer geplanten Maßnahmen aufzuzählen. Es gibt viel zu tun, wir gehen es gemeinsam an.

Ein richtig starker Bundestagswahlkampf



Eine geschlossene Partei, eine fabelhafte Kampagne, ein motivierter Kanzlerkandidat, gute Kandidatinnen und Kandidaten haben – zugegeben auch dank Versäumnissen und Fehlentscheidungen der politischen Mitbewerber – dafür gesorgt, dass die SPD wieder die stärkste Fraktion im Bundestag stellt. Und auch hier vor Ort im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben wir alle zusammen wieder einen großartigen Wahlkampf geplant und durchgeführt. Dafür allen, die in ganz unterschiedlicher Weise daran mitgewirkt haben, ein großes Dankeschön. Wie angekündigt, wird eine Party dazu noch stattfinden, wenn die Lage es wieder möglich macht.

Wir haben Plakate gehängt, an Türen geklopft, an Infoständen überzeugt, im Bekannten- und Freundeskreis für die SPD und Olaf Scholz geworben, und am Ende hat sich all das ausgezahlt, nicht nur aber auch mit einem sechsten Direktmandat für mich. Die SPD im Landkreis ist bei einer Bundestagswahl erstmals seit langer Zeit auch bei den Zweitstim-

men wieder die stärkste Kraft. Das tut – auch nach der im März gewonnenen Kommunalwahl – einfach gut. In 20 von 22 Gemeinden lag die SPD am 26. September am Ende vorn. Besonders will ich hier Stadtallendorf erwähnen, erstmals in der Geschichte der Bundestagswahlen lag die SPD hier vor der CDU. Großartig!

Höhepunkt war sicher die Kundgebung mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und 1500 Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marburger Marktplatz, organisatorisch wieder eine Mammutaufgabe, die wieder hervorragend gemeistert wurde. Doch die Unterstützung für unseren Wahlkampf war noch so viel größer. Hubertus Heil, Svenja Schulze, Boris Pistorius, Christine Lambrecht, Franziska Giffey, Rolf Mützenich, Michael Roth, Klara Geywitz und Lars Klingbeil haben uns digital und vor Ort unterstützt. Die halbe SPD-Führung war zu Gast im Landkreis. Für diese Unterstützung bin ich dankbar und freue mich, dass wir mit so vielen Bürgerinnen und Bürgern

in ganz verschiedenen Formaten in den Austausch kommen konnten. Hier liegt auch eine besondere Stärke unseres Unterbezirks. Wir sind eben nicht nur auf der Straße, wenn der Wahltermin vor der Tür steht, wir sind immer bei den Menschen und haben dies auch in der Pandemie nicht aufgegeben. So will ich auch in den kommenden vier Jahren weitermachen.



Bilder aus dem Bundestagswahlkampf



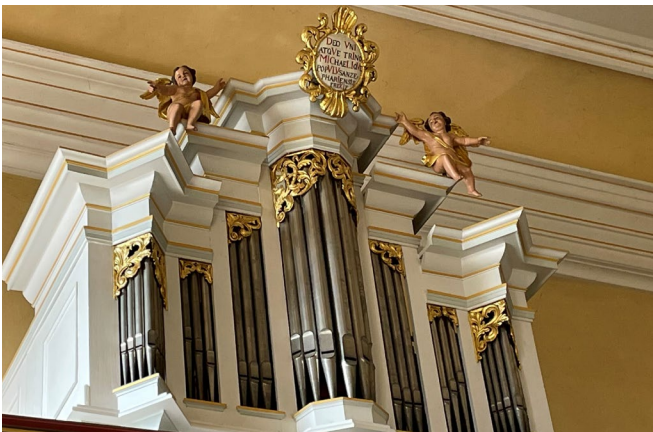
Bundesförderungen 2021 im Wahlkreis

Auch im laufenden Jahr 2021 ist es wieder gelungen umfangreiche Bundesförderungen in Millionenhöhe in den Landkreis nach Marburg-Biedenkopf zu holen. Ganz verschiedene Projekte haben sich hierbei um Förderungen bemüht. Gerne habe ich diese Bestrebungen unterstützt. Nun liegt es an den Projektträgern und Kommunen diese Bundesmittel zu sichern und die Vorhaben voranzutreiben. Anbei eine kleine Auswahl:



447.845 Euro für die Sanierung und Instandsetzung von Burg Mellnau

Das Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes schreibt eine erfolgreiche Geschichte im Landkreis Marburg-Biedenkopf fort. Für die Restaurierung der Burg Mellnau gibt der Bund fast 450.000 Euro. Sie soll auch künftig für Kultur und Tourismus nutzbar bleiben. Derzeit stellt der vorherrschende Zustand leider eine Gefahr dar, deswegen werden in einem ersten Schritt die losen Steine und das lose Mauerwerk stabilisiert.



73.000 Euro für die Sanierung der Orgel in Anzefahr

Auch die Orgel in Anzefahr profitiert vom Denkmalschutzsonderprogramm. Die Orgel der katholischen Kirche St. Michael ist ein beeindruckendes Kulturgut. Sie wird zu allen kirchlichen Festen, Hochzeiten, Taufen und Gottesdiensten benutzt. Der Bund gibt 73.000 Euro für erforderliche Restaurierungsarbeiten, um die Bestände des 18. und 19. Jahrhunderts zu erhalten und unsachgemäße Veränderungen des letzten Jahrhunderts zu korrigieren.



462.000 Euro für die Sanierung des Freibades in Gladenbach-Weidenhausen

Das Freibad Weidenhausen erhält aus dem Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ 462.000 Euro für die anstehenden Sanierungsarbeiten. Der SPD und mir ist es wichtig, die Kommunen bei ihren Sanierungsvorhaben nicht alleine zu lassen, gezielt und spürbar in die soziale Infrastruktur zu investieren, und damit den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.



Millionenschwere Investitionen für den Bahnhof in Kirchhain

Die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt sind bereits beendet. Der Hausbahnsteig ist fertig saniert. Bis zum Frühjahr 2023 folgen nun noch neue Aufzüge, eine neue Beleuchtung und die Sanierung der weiteren Bahnsteige. Über 11 Millionen Euro nehmen Bund, Land, Stadt, Bahn und RMV in die Hand um den Bahnhof Kirchhain für die Zukunft zu ertüchtigen. Auch der Barrierefreiheit wird bei dem Vorhaben Rechnung getragen.

Bartol unterwegs



„Dorf-Familienspaziergang“ in Niederwalgern



Förderbescheidübergabe vor dem Mehrgenerationenhaus Marburg



Übergabe Förderplakette zur Sanierung der Waggonhalle



Beobachtung der brütenden Störche mit dem NABU bei Kirchhain



Hoffest Fleckenbühl in Cölbe



Austausch mit Tessa Schönfeld zum Parl. Patenschaftsprogramm



Baustellenbesichtigung mit GEWOBAU-Chief Jürgen Rausch



Beim THW in Marburg

Bartol unterwegs



Besichtigung Bahnhofpunkt Buchenau



Eröffnung des Musikergartens in Ebsdorf



Besuch der Kirmes in Momberg



Mit Lars Klingbeil bei der WESO in Gladenbach



Beim Hafenfest in Marburg zu Besuch bei Familie Ahlendorf



Mit dem Wohnerrat des Lebenshilfewerks



Übergabe neues Feuerwehrauto bei der FFW Weidenhausen



Mit Bundesminister Hubertus Heil bei Arbeit und Bildung

*Frohe Weihnachten
und ein
gutes neues Jahr!*

